

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

Weltkrebstag: Konsultation zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung 2

In eigener Sache

Besuch in der Gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino 4

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **EU-Beitrittsprozess: glaubwürdig, dynamisch und berechenbar** 5
- **„Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“** 6

Sonstiges

- **After Brexit – Die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien** 7
- **Neue Regelung für EU-Kurzaufenthaltsvisa** 9
- **Handelsabkommen EU-Japan: Bilanz nach einem Jahr** 10

Laufende Konsultationen 11

Tagesordnungen der Institutionen 12

Impressum 12

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

Weltkrebstag: Konsultation zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung

Am 4. Februar findet alljährlich der Weltkrebstag statt, um mehr Bewusstsein für die Krankheit zu schaffen. Anlässlich dieses Tages leitete die Europäische Kommission eine EU-weite öffentliche Konsultation zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung ein.



Seit nunmehr 20 Jahren findet der Weltkrebstag statt, um die Vorbeugung, Früherkennung und Behandlung von Krebserkrankungen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Alle neun Sekunden wird ein neuer Krebsfall in der EU diagnostiziert. Allein in der Europäischen Union erkranken jährlich drei Millionen Menschen an Krebs, 1,4 Millionen Menschen streben an der Krankheit. Damit ist Krebs nach Herz-Kreislaufkrankungen die zweithäufigste Todesursache in der Union. Bis 2035 könnte sich die Zahl der Krebsfälle sogar verdoppeln. Unsere Lebensgewohnheiten sowie persönliche und ökologische Indikatoren – wie Rauchen, Trinken, ungesunde Ernährung, Bewegungsmangel und umweltbedingte Risikofaktoren – tragen dazu bei. Dabei kann die Krankheit jeden treffen. Doch bis zu 40% der Krebsfälle gehen auf vermeidbare Ursachen zurück.

Die Europäische Kommission wird bis Jahresende einen Plan vorlegen, um Krebs besser zu bekämpfen und unzählige Leben zu retten. Hauptaugenmerk wird vor allem auf die Prävention gelegt. Denn das effektivste Mittel zur Bekämpfung von Krebs besteht darin, Menschen bereits vor Ausbruch der Krankheit zu unterstützen. Durch besseren Zugang zu gesunder Ernährung, einer höheren Durchimpfungsrate, Maßnahmen zur Eindämmung umweltbedingter Risikofaktoren wie Luftverschmutzung und Chemikalien sowie Forschung und Aufklärung soll die Anzahl der Krebspatienten drastisch gesenkt werden. Betroffene sollen durch frühzeitige Erkennung und Diagnose sowie verbesserter Behandlung und Versorgung unterstützt werden. Ebenfalls geplant ist ein erleichterter Zugang zu hochwertiger Behandlung und die Inanspruchnahme neuer



Thema der Woche

Therapien. Zudem werden die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit wichtiger Medikamente für alle BürgerInnen verbessert und Innovation und Forschung unterstützt. Darüber hinaus sollen Maßnahmen zur Gewährleistung der höchstmöglichen Lebensqualität für KrebspatientInnen, wie Verbesserung der beruflichen Wiedereingliederung und Maßnahmen gegen Diskriminierung, folgen.

Am 4. Februar leitete die Kommission zudem eine [öffentliche Konsultation](#) ein. Durch diese wird den

EU-BürgerInnen sowie Interessenträgern die Möglichkeit geboten, sich einzubringen und Stellung dazu zu nehmen, wie das Thema in der EU behandelt werden soll. Die Ergebnisse dieser Konsultation werden in den Entwurf des europäischen Krebsbekämpfungsplans einfließen. (Alle aktuellen Konsultationen der Europäischen Kommission finden Sie wöchentlich am [Ende unseres Newsletters](#).)

Mehr Informationen zu den Maßnahmen finden Sie [hier](#); die offizielle Website zum Weltkrebstag [hier](#).

„Beim Thema Krebs erwarten die EU-Bürgerinnen und -Bürger von uns, dass wir entschlossen handeln. Ein Europa, das mehr erreichen will, ist ein Europa, das ein offenes Ohr für seine Bürgerinnen und Bürger hat und sich um ihr Wohlergehen sorgt. Das tun wir mit dem europäischen Krebsbekämpfungsplan – damit werden wir entscheidende Verbesserungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, der Patienten und der Gesundheitssysteme in Europa erzielen. Der Erfolg des Plans steht und fällt mit der uneingeschränkten Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, Krebspatienten, Interessenträger und Akteure auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene. Ich lade alle ein, diesen Plan durch ihre Mitwirkung so ehrgeizig und wirksam wie möglich zu gestalten. Gemeinsam können wir mehr erreichen.“

- Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



In eigener Sache

Besuch in der Gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino

Am 4. Februar durften wir in der Gemeinsamen Vertretung in Brüssel zwei BesucherInnengruppen aus Österreich empfangen. Während am Vormittag eine Gruppe des Masterstudiengangs „Europäische Studien“ der Universität Wien zu Gast war, begrüßten wir am Nachmittag eine Maturaklasse des BORG Innsbruck.

Für unser Büro ist es immer eine besondere Freude Gäste aus der Heimat empfangen zu dürfen. Vor allem Jugendliche, die sich für die Europäische Union begeistern können, sind im Verbindungsbüro Tirol herzlich willkommen. Sowohl den Studierenden des Masterstudiengangs als auch den BORG-SchülerInnen konnten wir die Geschichte und die Aufgaben des Büros präsentieren. Anschließend hatten die Gäste ausreichend Zeit, Fragen zu stellen. Von besonderem Interesse waren die Themen Verkehr, der Mehrwert des Büros und Diskussionen zur Doppelstaatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen.





Europäische Kommission

EU-Beitrittsprozess: glaubwürdig, dynamisch und berechenbar

Die Europäische Kommission hat Maßnahmen zur Stärkung des EU-Beitrittsprozess präsentiert. Dieser soll glaubwürdiger, berechenbarer und dynamischer werden und einer stärkeren politischen Steuerung unterliegen.

Die EU möchte wachsen: Am 6. Mai wird in Zagreb ein Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und den westlichen Balkanstaaten stattfinden, bei dem die Beitrittsverhandlungen mit den Ländern Nordmazedonien und Albanien eröffnet werden. Im Vorfeld hat die Kommission einen Vorschlag vorgelegt, um den EU-Beitrittsprozess stärker voranzutreiben. Ein Teil dieser Vorschläge beinhalten, mehr Glaubwürdigkeit im Beitrittsprozess zu verankern. Darüber hinaus sollen eine stärkere politische Steuerung und engerer Kontakt auf höchster politischer Ebene erfolgen.

Zudem schlägt die Kommission vor, durch das Zusammenfassen der Verhandlungskapitel in sechs thematische Cluster, den Verhandlungsprozess zu dynamisieren. Wesentlich ist darüber hinaus die Forderung nach mehr Berechenbarkeit im gesamten Prozess. Insgesamt soll für mehr Klarheit darüber gesorgt werden, was die EU von den Erweiterungsländern in den verschiedenen Phasen des Prozesses erwartet.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#). Die Mitteilung der Kommission [hier](#).

EU-Beitrittsprozess:

Jeder europäische Staat, der die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit achtet, kann die Mitgliedschaft der Union beantragen. Für die Europäische Union bedeutet der Erweiterungsprozess eine geostrategische Investition in Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Europa. Dafür werden von den Kandidatenländern komplexe Reformen in vielen Politikbereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaft und Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität gefordert. Des Weiteren sind Aussöhnung, gutnachbarliche Beziehungen und regionale Zusammenarbeit von größter Bedeutung. Für den Beitritt muss ein Kandidat zudem einen langwierigen Prozess durchlaufen: In mehreren Schritten müssen die Grundbedingungen für den Beitritt im Kandidaten-Land geschaffen werden. Zusätzlich müssen alle EU-Mitgliedsstaaten, die Kommission und das Parlament den Beitritt unterstützen. Zurzeit haben sieben Länder den Status eines Beitrittskandidaten oder potentiellen Kandidaten mit Aussicht auf EU-Mitgliedschaft: Nordmazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei, Albanien, Bosnien und Herzegowina und der Kosovo.

Europäische Kommission



„Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“

Die Europäische Kommission empfing am 5. Februar die OrganisatorInnen der Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“. Die InitiatorInnen konnten in diesem Rahmen ihre Ideen präsentieren.

Die Bürgerinitiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“ ist bereits die fünfte erfolgreiche Bürgerinitiative mit über einer Millionen Unterschriften und wurde im Jänner der Kommission vorgelegt (Wir berichteten im [NL 02-20](#)). Nun konnten die OrganisatorInnen ihre Forderung nach verbessertem Schutz von Angehörigen nationaler und sprachlicher Minderheiten und Stärkung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Union der Vizepräsidentin der EU-Kommission für Werte und Transparenz Věra Jourová und der Kommissarin für Forschung, Innovation, Kultur, Bildung und Jugend Mariya Gabriel präsentieren. Die Kommission ihrerseits wird nun auf Grundlage einer gründlichen Bewertung eine Mitteilung vorlegen, in der sie ihre nächsten Schritte argumentieren wird. Möglichkeiten reichen von Gesetzesvorschlägen bis



**MINORITY
SAFEPAK
INITIATIVE**

**DU BIST NICHT ALLEIN. EINE MILLION
UNTERSCHRIFTEN FÜR DIE VIELFALT EUROPAS**

hin zu nichtlegislativen Maßnahmen. Darüber hinaus werden die Organisatoren ihre Vorschläge in einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament darlegen.

Hier finden Sie die [Website Europäischer Bürgerinitiativen](#).



Sonstiges

After Brexit – Die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien

Auch nach dem Brexit und dem Austritt Großbritanniens wird es Beziehungen zwischen der EU und den Briten geben. Diese sollen nun in einem Abkommen über künftige Beziehungen ausverhandelt werden. Des Weiteren müssen auch die Sitze im Europäischen Parlament neu verteilt werden.

Am Freitag 31. Jänner 2020 war es so weit: Über drei Jahre nach dem Brexit-Referendum trat Großbritannien aus der Europäischen Union aus. Wie dieser Austritt genau von statten geht, wurde bereits im Vorfeld in einem Austrittsabkommen ausverhandelt. Doch das Ende der Beziehungen zwischen der Union und Großbritannien bedeutet dies keineswegs. Nicht nur wirtschaftlich, auch in Fragen zum Klimawandel, zur Terrorgefahr und vielen mehr ist eine zukünftige Zusammenarbeit unabdingbar. So müssen zum Beispiel Fragen über mögliche Zölle und Produktstandards sowie die Wettbewerbsbedingungen geklärt werden. Die Europäische Kommission hat nun eine Empfehlung an den Rat vorgelegt, Verhandlungen über eine neue Partnerschaft aufzunehmen. Der Rat wiederum muss nun seinerseits der Kommission ein Mandat für die Verhandlungen erteilen.

Im Namen der Kommission und auf Grundlage der vom Europäischen Rat erlassenen Leitlinien sollen die Verhandlungen von Michel Barnier – Leiter der Taskforce für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich – geführt werden. Doch auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben die Möglichkeit Einfluss auf die Verhandlungen auszuüben. Dafür wurde eigens eine Kontaktgruppe eingerichtet, um zwischen Barnier und den zuständigen Parlamentsausschüssen zu vermitteln. Bereits im September 2019 sprach sich das Parlament in einer Entschließung dafür aus, strenge Garantien und Bestimmungen für gleiche



Wettbewerbsbedingungen zu fordern, um den EU-Binnenmarkt vor potentiellen Wettbewerbsnachteilen zu schützen. Am Ende bedarf das Abkommen der Zustimmung des Parlaments und des Rates, sowie voraussichtlich auch die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente. Eine Einigung soll bis zum Ende der Übergangsfrist am 31. Dezember 2020 getroffen werden. Sollte keine Einigung gefunden werden, muss Großbritannien nach den Regeln der Welthandelsorganisation mit der EU Handel treiben. Durch den Brexit verändern sich nicht nur die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU, auch der das Europäische Parlament muss sich auf Veränderungen einstellen. Nach dem Austritt am 1. Februar ändert sich die Anzahl und die Verteilung der Sitze im Parlament. Zukünftig wird es statt 751 nur mehr 705 Abgeordnete in Brüssel und Straßburg geben. Von den 73 britischen Sitzen werden 27 an einige der Mitgliedsstaaten aufgeteilt, um ihre Unterrepräsentation infolge demografischer



Sonstiges

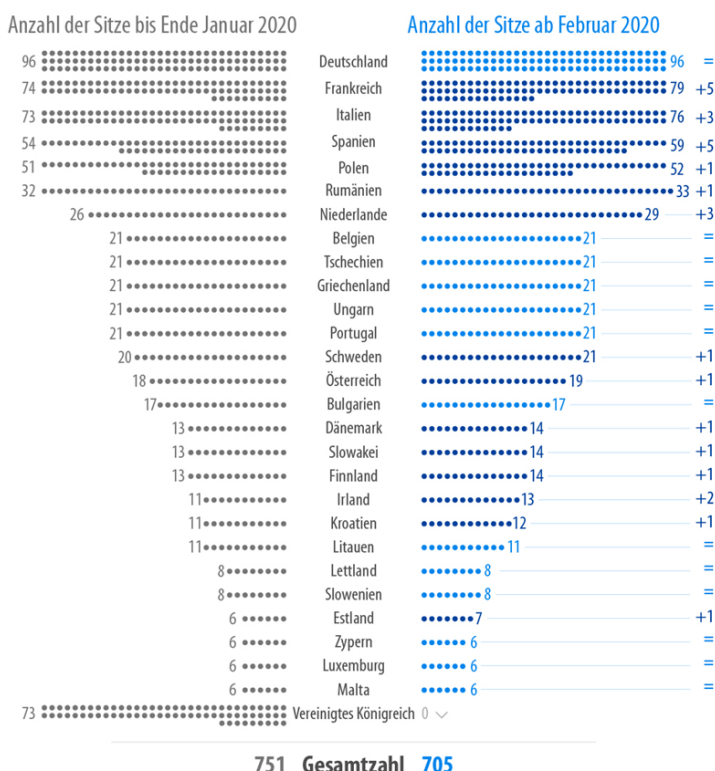
Änderungen zu beheben. Die restlichen 46 Sitze werden für künftige EU-Erweiterungen in Reserve gestellt. Österreich wird in Folge der Veränderungen einen Sitzplatz mehr erhalten und zukünftig 19 anstatt der bisherigen 18 Abgeordneten stellen. Nach Berücksichtigung der Wahlergebnisse von Mai 2019 wird Thomas Waitz von den Grünen zukünftig

in Brüssel als Abgeordneter im Parlament vertreten sein.

Den Vorschlag für Verhandlungsrichtlinien für eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich finden Sie [hier](#). Mehr Informationen zu den Auswirkungen und Folgen des Brexit [hier](#).

Sitzverteilung im Europäischen Parlament

Die Zahl der Abgeordneten pro Land wurde im Zuge des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs Ende Januar 2020 angepasst.



Übergangsfrist:

Im ausverhandelten Austrittsabkommen zwischen Großbritannien und der EU wurde ein Übergangszeitraum bis 31. Dezember 2020 verankert. In diesem Zeitraum hat das Vereinigte Königreich weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt, muss sich jedoch auch an die EU-Gesetzgebung halten und seinen Beitrag zum EU-Haushalt leisten. Auf das Gesetzgebungsverfahren, den Haushalt oder den Mehrjährigen Finanzrahmen hat Großbritannien seit Ende Jänner jedoch keinen Einfluss mehr. Bis 1. Juli 2020 besteht die Möglichkeit, durch einen Beschluss die Übergangszeit um ein bis zwei Jahre zu verlängern.

Quelle: Europäisches Parlament





Sonstiges

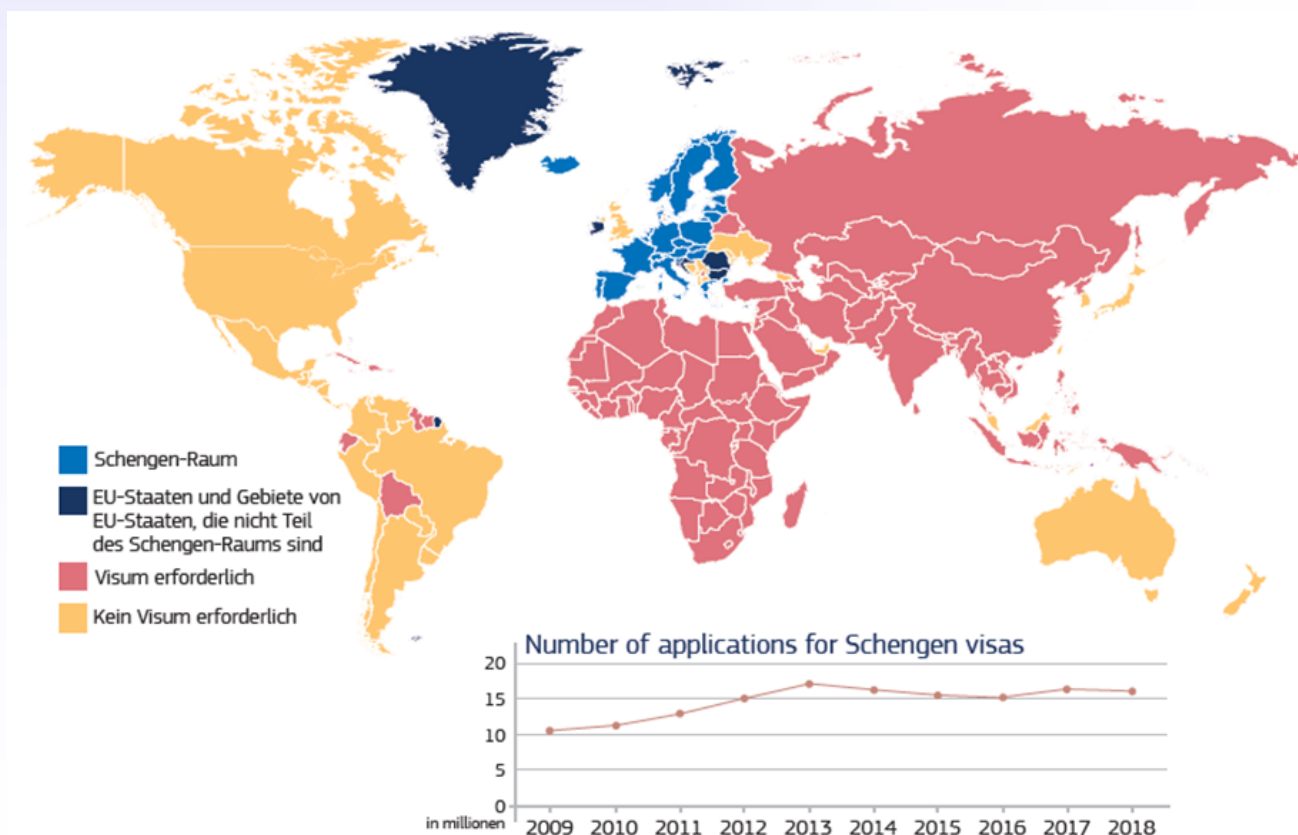
Neue Regelung für EU-Kurzaufenthaltsvisa

Seit 2. Februar 2020 gelten neue Bestimmungen für EU-Kurzaufenthaltsvisa. Dadurch wird die Beantragung von Visa für Reisende aus Drittstaaten, welche die Union besuchen möchten, erleichtert.

In der EU boomt der Tourismus. Alleine 2018 wurde 16 Millionen Anträge für ein EU-Visa gestellt. Dabei ist die gemeinsame Visa-Politik wesentlicher Bestandteil des grenzenlosen Schengen-Raums. Um den Einreisenden die Visa-Formalitäten zu erleichtern und Tourismus sowie die Handels- und Geschäftstätigkeit zu fördern, wurden nun einige Änderungen vorgenommen. Reisende können seit 2. Februar Visaeinträge bis zu sechs Monate vor einer geplanten Reise – statt bisher drei Monate vorher – einreichen. Zudem sind Mehrfachvisa mit

langer Gültigkeit für Vielreisende leichter zu erhalten. Visa können durch die neue Regelung erstmals auch online ausgefüllt und unterzeichnet werden. Gleichzeitig werden die Visa-Gebühren der Inflation entsprechend von 60 auf 80 Euro angepasst, um die Kosten für die Antragsbearbeitung zu decken. Minderjährige zwischen 6 und 18 Jahren können von der Visumsgebühr befreit werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Reisende aus einigen Ländern benötigen ein Visum für den Schengen-Raum. Jährlich werden über 16 Millionen Anträge gestellt. Die neuen Regelungen für EU-Kurzaufenthaltsvisa erleichtern die Beantragung.



Sonstiges

Handelsabkommen EU-Japan: Bilanz nach einem Jahr

Vor einem Jahr, am 1. Februar 2019, trat das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan in Kraft. Klar zu erkennen: Exporte und Importe stiegen durch das Abkommen beträchtlich an.

Insgesamt um 6,6 Prozent stiegen die Exporte der EU nach Japan im vergangene Jahr an. Auch die Importe nahmen um 6,3 Prozent zu. Besonders starkes Wachstum wurde in den Sektoren Fleisch (12%), Milchprodukte (10%), Getränke (20%), Lederwaren und Bekleidung (14%) und elektrische Maschinen (16%) verzeichnet. Durch das Abkommen erhalten europäische Firmen völlig neue Möglichkeiten nach Japan zu exportieren. Hauptgrund: Durch das Abkommen entfallen immer mehr Zölle. Insgesamt wird Japan zukünftig Zölle auf 97% der aus der EU eingeführten Waren abschaffen. Der jährliche Handel zwischen der EU und Japan könnte dadurch um fast 36 Mrd. Euro zunehmen. Gleichzeitig schützt das Abkommen die Interessen der EU. Nahrungsmittel und Getränke aus der EU müssen unter ihrer ursprünglichen Bezeichnung (sogenannte „geografische Angaben“) in Japan vermarktet werden und sind vor Nachahmung geschützt. Darüber hinaus erhält die EU Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Japan. Weitere Verbesserungen sind bessere Bedingungen für Dienstleister, eine größere Mobilität für Beschäftigte

von Unternehmen und ein Rahmen für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Generell sind Handelsabkommen für die EU von wesentlicher Bedeutung. Neue Handelsabkommen eröffnen europäischen Firmen neue Geschäftsmöglichkeiten und schaffen mehr Arbeitsplätze. Zudem profitieren die KonsumentInnen von mehr Auswahlmöglichkeiten und niedrigeren Preisen. Zurzeit verhandelt die EU mit unzähligen Ländern neue Handelsabkommen aus. Bereits am 12. Februar wird das Europäische Parlament über ein Handels- und ein Investitionsschutzabkommen mit Vietnam abstimmen. Ziel dieses Abkommens ist die Reduzierung der Zölle um bis zu 99 Prozent und die Steigerung der Wertschöpfung um 8 Mrd. Euro pro Jahr. Auch [Österreichische Firmen](#) profitieren direkt von den diversen Handelsabkommen.

Im Folgenden finden Sie mehr Informationen zum Handelsabkommen mit [Japan](#) und [Vietnam](#) bzw. zu anderen [Handelsabkommen in Verhandlung](#).



Die EU hat bereits mit vielen Ländern Handelsverträge abgeschlossen (grün und orange markierte Staaten), mit einigen Ländern laufen derzeit Verhandlungen über Mögliche Verträge (Violett)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 28. April 2020

[Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung](#)

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020

[Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020

[Ursprungskennzeichnung für Fleisch - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9. Dezember 2019 - 2. März 2020

[Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds für allgemeine und berufliche Bildung - Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

18. November - 24. Februar 2020

[EU-Wettbewerbsregeln für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen - Bewertung](#)

Wettbewerb

6. November 2019 - 12. Februar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Sandra Gintsberger, BA

Konrad Pölzl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 2

https://ec.europa.eu/health/non_communicable_diseases/events/ev_20200204_en

S. 4

Fotocredit Konrad Pölzl

S. 6

www.minority-safepack.eu/assets/downloads/forms/MSPI_Germany_DE_v3.pdf

S. 7

@Shutterstock/Melinda Nagy www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200120PHT70629/20200120PHT70629_original.jpg

S. 8

https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200123PHT70912/20200123PHT70912_original.jpg

S. 9

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_150

S. 10

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/priorities/globalisierung/20161014STO47381/eu-handelsabkommen-in-vorbereitung>

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)